

Lüner Bürgerinitiative und BUND müssen Papier bis 16. Juni beim Oberverwaltungsgericht einreichen

WAZ 24.05.02

Klage gegen Genehmigung für Trianel-Kraftwerk in Arbeit

Von Jutta Wieloch

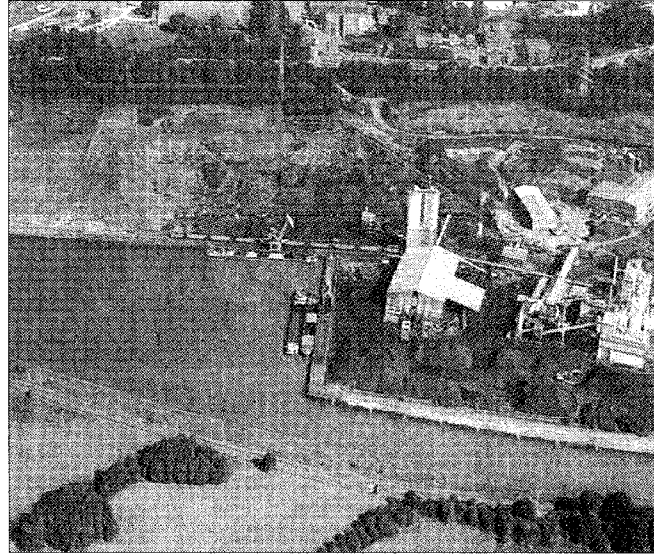
Lünen. Während Trianel das Kraftwerk im Stummhafen vorbereitet, bauen die Gegner den Widerstand gegen das Vorhaben aus. Die angekündigte Klage gegen die Genehmigung der Bezirksregierung ist laut Dirk Jansen vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Arbeit - mit einer Frist bis zum 16. Juni.

Bis dahin müsse das Schriftstück beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster eingereicht werden. Der Termin ergebe sich „durch den Zeitpunkt, zu dem uns der Genehmigungsbescheid aus Arnsberg zugestellt wurde - das war am 19. Mai“, so Jansen. Die Klagefrist beträgt vier Wochen. Öffentlich war die Entscheidung am 6. Mai bekannt geworden, als Regie-

rungspräsident Helmut Diegel Trianel-Geschäftsführer Manfred Ungethüm und Projektleiter Dr. Jürgen Beverunge den Vorbescheid und die erste Teilgenehmigung für den Bau des Kohlekraftwerks überreicht hatte.

„Das wird eine umfangreiche Klageschrift,“ meint Dirk Jansen. Derzeit werde geprüft, wie die Einwendungen der Umweltschützer im Genehmigungsverfahren berücksichtigt worden seien. Im Mittelpunkt stehen Schadstoffbelastung, Gewässerschutz und baurechtliche Bedenken. Die Kürze der Zeit bereite den Kraftwerksgegnern keine Kopfschmerzen. „Wir werden die Klage auf jeden Fall fristgerecht einreichen und die Begründung gegebenenfalls nachschieben“, sagt Jansen. „Das ist ein absolut übliches Verfahren.“

Der BUND-Landesverband, dessen Geschäftsleiter er ist,



Im Stummhafen will Trianel das Kraftwerk bauen - doch die Gegner haben noch nicht aufgegeben. (Bild: Blossy)

arbeitet mit den Frankfurter Rechtsanwältinnen Ursula Philipp-Gerlach und Dirk Teßmer zusammen. „Ihre Kanzlei führt alle unsere Kraftwerks-

Verfahren in NRW - zum Beispiel gegen Evonik in Herne und gegen E.ON in Datteln.“ Auch die Lüner Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk

zeige sich in dem gemeinsam angestrebten Verfahren „hoch kompetent“, so Jansen. „Es ist klasse, wie engagiert Bürger das von der Europäischen Union durchgesetzte Öffentlichkeitsbeteiligungsrecht nutzen“. Deshalb zeigt er auch Optimismus bei der Mitfinanzierung der Protestmaßnahme durch Spenden. Die Kosten sind mit 30 000 Euro veranschlagt.

Ob sich im Zusammenhang mit der Klage am von Trianel vorgesehenen Baustart für das Kraftwerk zum 1. August rütteln lässt, sei noch nicht abzusehen. Es gebe aber auch andere Versuche, das milliardenschwere Projekt juristisch zu stoppen, so Jansen. „Für das Vorhaben gibt es eine Vielzahl von Genehmigungen und Verfahren. Wir legen uns eine Strategie zurecht, mit der wir alle uns zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausnutzen können.“